

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN
ABTEILUNG II/7

GZ. 31 1065/4-II/7/93 | 25 |

DVR: 0000078
Himmelpfortgasse 4-8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telex 111688
Telefax 513 99 93Sachbearbeiter:
Mag. Posch
Telefon:
51 433 / 1823 DWAn den
Präsidenten des Nationalrates
Parlament
Dr. Karl Renner Ring 3
1010 Wien

BUNDES-GESETZES-ENTWURF	
Zl. 66	-GE/19- 13
Datum: 30. SEP. 1993	
Verteilt	

H. Kainz

Sofort

BUNDES-GESETZES-ENTWURF	
Zl.	-GE/19-
Datum: 30. SEP. 1993	
Verteilt 30.9.93 Sf	

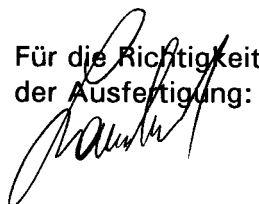
Betr: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Heeresversorgungsgesetz (22. Novelle) zum Heeresversorgungsgesetz) und das Versorgungsrechtsänderungsgesetz 1986 geändert werden
Z.Zl. 43.010/3-9/93

Im Sinne der Entschließung des Nationalrates betr. die Begutachtung der an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versandten Gesetzesentwürfe, beehrt sich das BMF beiliegend seine Stellungnahme zu dem vom BMAS erstellten und mit Note vom 31.8.1993, do. Zl. 43010/3-9/93, versandten Entwurf einer Novelle des Heeresversorgungsgesetzes und des Versorgungsrechts-Änderungsgesetzes 1986 zu übermitteln.

22. September 1993

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN
ABTEILUNG II/7

GZ. 31 1065/4-II/7/93

DVR: 0000078
Himmelpfortgasse 4-8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telex 111688
Telefax 513 99 93

Sachbearbeiter:
Mag. Posch
Telefon:
51 433 / 1823 DW

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales
Stubenring 1
1010 W i e n

Betr: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Heeresversorgungsgesetz (22. Novelle) zum Heeresversorgungsgesetz) und das Versorgungsrechtsänderungsgesetz 1986 geändert werden

Zu dem mit Note vom 31.8.1993, do. Zl. 43010/3-i/93 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Heeresversorgungsgesetz (22. Novelle) und das Versorgungsrechts-Änderungsgesetz 1986 geändert werden, nimmt das BMF wie folgt Stellung:

Der ggstdl. Gesetzesentwurf enthält keine ausreichend detaillierte Stellungnahme zu den finanziellen Auswirkungen, wie sie in § 14 BHG gefordert wird.

Für die vom BMF durchzuführende Beurteilung wäre eine Vorscheurechnung, zumindest über den Budgetprognosezeitraum, notwendig gewesen, worin die Kosten für den Bund nach Inkrafttreten der Novelle ebenso wie jene bei Beibehaltung des status quo darzustellen gewesen wären.

Die Ergebnisse dieser Gegenüberstellung hätten im Interesse der notwendigen Kostentransparenz nicht bloß ziffernmäßig dokumentiert, sondern auch verbal umschrieben werden sollen.

Trotz fehlender finanzieller Vorscheurechnung lassen sich nach Ansicht des BMF in folgenden Bereichen unmittelbare Mehrkosten absehen, für die genaue Berechnungen im Sinne der obigen Ausführungen durchzuführen sind.

- Versicherungsschutz bei Wegunfällen von der Wohnung zum Arzt (§ 1 Abs. 2 Z.9)
- Entfall der Höchstbetragsgrenze bei Gewährung von Zuschüssen zur Wohnungsadaptierung (§ 20 a Z. 2)
- Änderung des Aufwertungssystems (§ 24 a u. b)

Da das HVG eine Reihe von Regelungen der gesetzlichen Unfallversicherung übernommen hat, ist die vorgesehene Anpassung an die Bestimmungen der Sozialversicherung angebracht.

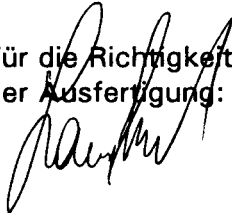
Bei der Gewährung von Zuschüssen zur Wohnungsadaptierung sollte allerdings auch weiterhin ein, wenn auch erhöhter, Höchstbetrag festgesetzt werden.

22. September 1993

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized 'H' or similar character, positioned below the text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung:'.